

Wirtschaft und Politik

Bundesregierung will nicht aufklären

Die Hintergründe der Bombardierung nahe Kundus sollen erst im geheim tagenden parlamentarischen Ausschuss offenbart werden.

Rüdiger Scheidges Berlin Die Bundesregierung will ebenso wie Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) erst die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses abwarten, um vollständig auf die Vorwürfe der Kritiker zu antworten. Damit spielen zu Guttenberg und die Bundesregierung auf Zeit, da der Ausschuss seine Arbeit frühestens Mitte Januar mit der Zeugenvernehmung beginnen kann. Dem Handelsblatt sagte der verteidigungspolitische Experte der SPD, Hans Peter Bartels: "Dass sich ein Minister über Tatsachen und Vorgänge in seinem eigenen Haus anhand des Ergebnisses eines Untersuchungsberichtes kundig machen will, ist schon sehr kurios." Der Verteidigungsausschuss konstituiert sich unter der Leitung der SPD-Politikerin Susanne Kastner am Mittwoch als Untersuchungsausschuss. Ein Ergebnis wird voraussichtlich erst in Jahresfrist vorliegen können.

Regierungssprecher Ulrich Wilhelm wich gestern präzisen Antworten auf Vorwürfe aus, die Regierung verschleierte die Tatsachen. Selbst bei der Frage der dem Kanzleramt von der Opposition unterstellten "heimlich eskalierte Strategie" verwies Ulrich auf die Ergebnisse des noch nicht konstituierten Ausschusses: "Diese Antwort wird sich ergeben im Untersuchungsausschuss, nachdem wir die Unterlagen, die im Kanzleramt dazu vorhanden sind, dem Ausschuss zur Verfügung stellen werden." Dann erst werde sich "das gesamte Bild" zu erkennen geben, auf welche Weise "diese Frage" im Kanzleramt begleitet wurde "und auch welche Informationen es zu welchem Zeitpunkt gab."

Nach Informationen des Handelsblatts wird im Zentrum der Sachaufklärung des Ausschusses auch stehen, in wieweit die Bundesregierung oder das Verteidigungsministerium versucht hat, auf das Ergebnis des Nato-Untersuchungsberichts Einfluss zu nehmen. Seitdem am Wochenende ein Schreiben von Oberst Klein an den von zu Guttenberg entlassenen Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, bekannt wurde, hat diese Frage an Brisanz gewonnen. Klein hatte in dem Schreiben vom 5. September dieses Jahres mitgeteilt, dass nicht die Tanklaster Ziel des von ihm angeordneten Bombardements waren, sondern das "Vernichten" von "Aufständischen".

Im Nato-Bericht, an dem auch ein deutscher Offizier als Rechtsberater mitgewirkt hat, hat dieses Schreiben offenbar keinen Niederschlag gefunden. Vielmehr rätseln die Autoren intensiv über die Motive des Anschlags. Wörtlich heißt es dort, es sei "schwer zu ergründen, warum der Fokus des Kommandeurs Klein auf die Taliban in dem Zielgebiet gerichtet war und nicht allein auf die gestohlenen Tanklaster, die doch wohl die größte Bedrohung waren für die Sicherheit der Kräfte." Wäre der Brief Kleins in den Bericht eingeflossen, hätte sich die Suche nach Gründen erübrigt. Auch ein Sprecher zu Guttenbergs konnte gestern nicht sagen, ob das Schreiben in den Nato-Bericht Eingang gefunden hat. "Ich glaube nicht," wich er aus.

Der Verteidigungsminister konterte die Vorwürfe der Oppositionspolitiker Sigmar Gabriel (SPD) und Jürgen Trittin (Grüne), zu Guttenberg "lüge" über die Hintergründe des Angriffs und müsse zurücktreten, mit dem Hinweis: "Was den Vorwurf der Täuschung und der Lüge in meiner Amtszeit angeht, kann ich nur sagen, dass sich Herr Gabriel und Herr Trittin hüten müssen, sich nicht selbst dem Vorwurf der Täuschung auszusetzen". Schließlich, so zu Guttenberg, läge der Nato-Untersuchungsbericht seit dem 3. November vor - "sogar in deutscher Übersetzung".

Die Opposition wertet dies als erneuten "Versuch, im nachhinein die Verantwortlichkeiten zu vertauschen." Bartels sagte dem Handelsblatt: "In Deutschland muss die Exekutive die Öffentlichkeit über die Handlungen der Exekutive unterrichten, nicht die Opposition. Bis heute liegt der Bericht in der geheimen Schutzstelle der Bundesregierung."

Zu Guttenberg gab bekannt, der von ihm entlassene Generalinspekteur Schneiderhan habe sich inzwischen ihm gegenüber "zu einer Klarstellung genötigt gesehen": "Ich habe das schriftlich von ihm, dass mir Dokumente vorenthalten wurden". Die ARD-Sendung "Bericht aus Berlin" hatte am Sonntagabend Schneiderhan dahingehend zitiert, zu Guttenberg sei von ihm über alle vorliegenden "wesentlichen" Berichte persönlich oder vom ebenfalls entlassenen Staatssekretär Peter Wichert informiert worden. Der Minister wies darauf hin, dass er selbst bereits seine Einschätzung des Angriffs korrigiert habe.

Scheidges, Rüdiger